

**Vortrag des Sächsischen Staatsministers des Innern Markus Ulbig
„Zuwanderung bei Arbeitslosigkeit –
Braucht Sachsens Wirtschaft ausländische Fachkräfte?“**

Ort: Gut Gödelitz

Datum: 3. März 2011, 18.00 Uhr

Gliederung

1. Einleitung	2
2. Rahmenbedingungen	5
2.1 Demographischer Wandel	5
2.2 Abwanderung.....	6
2.3 Wirtschaftswachstum.....	6
3. Fachkräftemangel und Arbeitslosigkeit.....	7
3.1 Intransparenz des Arbeitsmarktes	7
3.2 Matchingproblem Mobilität	8
3.3 Matchingproblem Bedarf <-> Qualifikation	8
3.4 Sinkende Arbeitslosenzahlen	9
4. Vorhandene Potenziale nutzen: Hier lebende Ausländer integrieren	10
3.1 Abschlüsse anerkennen	10
3.2 Flüchtlinge einbinden?	12
4. Neue Potenziale erschließen: Fachkräfte gewinnen.....	14
4.1 Hochschulen als Talentmagnete.....	15
4.2 Perspektiven bieten.....	16
4.3 Sachsens Initiative für Zuwanderung	19
4.4 Nicht nur die Politik ist gefordert	21
5. Fazit.....	22

1. Einleitung

Vielleicht fragen Sie sich, warum ich als Innenminister vor Ihnen stehe und über ein Arbeitsmarkt-Thema referiere. „Zuwanderung bei Arbeitslosigkeit – Braucht Sachsens Wirtschaft ausländische Fachkräfte?“ – Da denkt man eher an Wirtschaft als an Innenpolitik. Bei näherem Hinsehen merkt man aber: Beides ist untrennbar verbunden. Als Innenminister bin ich Aufenthaltsrechtsminister. Es liegt in meiner Verantwortung, die rechtlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, damit ausländische Fachkräfte in Sachsen Perspektiven finden. Ich freue mich, heute hier die Zusammenhänge erklären zu dürfen, zwischen dem, was ich als Innenminister mache, und dem, was es wirtschaftlich bedeutet. Für Sachsens Zukunft ist das ganz entscheidend.

Unser Land steht vor einer historischen Aufgabe. Unser Denken, unsere Gesellschaft, unsere Wirtschaft und unsere Politik waren stets auf das Wachstum unserer Bevölkerung ausgerichtet. Jahrzehnte lang hat sich diese Ausrichtung bewährt.

Heute ist die Entwicklung eine andere. Wir betreten Neuland. Seit Jahren sinken die Einwohnerzahlen. Eine Trendwende ist nicht in Sicht. Das Durchschnittsalter steigt. Das hat auch politische Folgen. Zum ersten Mal in unserer Geschichte haben wir die Situation, dass die Älteren mengenmäßig den Jungen überlegen sind. Die Interessen der Älteren haben ein sehr großes Gewicht.

Dahinter verbirgt sich großer politischer Sprengstoff: Laut einer Studie des Wissenschaftsverbands „Population Europe“, zu dem das Max-Planck-Institut für demografische Forschung in Rostock gehört, ist beispielsweise die Zustimmung eines 65-jährigen zu einer Kindergelderhöhung um 85 Prozent weniger wahrscheinlich als die eines 20-jährigen. Ältere befürworten eine Änderung des Rentensystems zu Lasten der Jungen. Die Politik darf nicht der Versuchung erliegen, mit kurzfristigem Blick auf Wählergruppen Interessen zu vertreten, die den nachwachsenden Generationen mittel- und langfristig unzumutbare Lasten aufbürden.

In Sachsen merken wir die Folgen des demographischen Wandels schon heute:

- Häuser stehen leer und müssen abgerissen werden. In manchen Gegenden fehlen Investoren und Bewohner selbst für schöne Gründerzeithäuser.
- Gemeinden sind gezwungen, ihre Infrastruktur anzupassen. Zum Beispiel müssen neue, kleinere Abwasserkanäle verlegt werden, weil große Röhren durch die geringere Inanspruchnahme verkeimen.
- Die Schülerzahlen haben sich in den letzten Jahren halbiert. Über 600 Schulen mussten geschlossen werden.
- Vor allem mittelständische Unternehmen haben massive Probleme, qualifizierte Mitarbeiter zu finden.

In Sachsen ist bereits Realität, was auf andere Länder erst noch zukommt. Die Staatsregierung hat schon heute eine übergreifende Strategie entwickelt, um die Lebensqualität im Lande auch zukünftig zu erhalten und eine generationengerechte Politik voranzutreiben.

Eine Säule dieser Strategie ist eine aktive Einwanderungspolitik. Wir brauchen motivierte, gute Leute aus dem Ausland, die die Entwicklung unseres Landes und unserer Wirtschaft mit gestalten. In Ländern wie Kanada ist heute längst selbstverständlich, um Zuwanderer zu werben und dabei nach Leistung zu fragen.

In Deutschland ernte ich dafür Kritik. Zum einen wird Einwanderungspolitik bei uns oft nur als Asyl- und Flüchtlingspolitik verstanden. Es ist schon fast ein Tabu, in der Ausländerpolitik eigene Interessen zu artikulieren. Zum anderen verkennen viele die Notwendigkeit qualifizierter Zuwanderung. In der Einladung zu dieser Veranstaltung haben auch Sie die Frage in den Raum gestellt: Solange mehr als drei Millionen ohne Arbeit sind – warum sollte man Fremde ins Land holen? Und Sie weisen zu recht auf die Möglichkeiten von Bildung und Umschulung hin.

Ich freue mich, darüber heute mit Ihnen ins Gespräch zu kommen.
Und ich freue mich darauf, erläutern zu dürfen, warum Zuwanderung für Sachsen zum Garant von Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand werden kann – vorausgesetzt, wir bringen den Mut auf, die Türen für ausländische Fachkräfte weiter zu öffnen.

Dazu gehört auch der Mut, die eigenen Interessen zu artikulieren. Wir dürfen nicht nur fragen: Wer braucht unsere Hilfe? Sondern auch: Wer kann uns helfen? Wen brauchen wir?

2. Rahmenbedingungen

2.1 Demographischer Wandel

Derzeit leben in Sachsen 4,2 Millionen Menschen. 2020 werden es nur noch 3,9 Millionen sein. Das sind eine Million weniger als noch 1990. Eine Million – das entspricht zusammengenommen in etwa den heutigen Einwohnerzahlen von Dresden und Leipzig.

Der Bevölkerungsrückgang ist das eine. Viel gravierender ist aber die damit verbundene Alterung der Gesellschaft. Schon heute liegt das Durchschnittsalter in Sachsen bei 46 Jahren – das ist nach Sachsen-Anhalt der höchste Wert in ganz Deutschland.

Der Anteil der Erwerbstätigen nimmt überproportional ab. Ab 2014 werden in Sachsen mehr Menschen in den Ruhestand gehen, als neu ins Arbeitsleben eintreten. Das heißt: Bereits in drei Jahren können die bestehenden Arbeitsplätze aus den nachwachsenden Jahrgängen nicht mehr nach besetzt werden. ... ganz zu schweigen von den neuen Stellen, die durch die wachsende Wirtschaft entstehen.

2.2 Abwanderung

Dazu kommt das Problem Abwanderung. Vor allem qualitativ betrachtet ist die Wanderung bedrohlich. Der Anteil der Hochqualifizierten unter den Wegzählern ist überproportional hoch. Jedes Jahr ziehen etwa 200.000 Akademiker aus Deutschland weg.

2.3 Wirtschaftswachstum

Gleichzeitig wächst unsere Wirtschaft. Sachsen hat die Wirtschafts- und Finanzkrise besser durchgestanden als viele andere Länder. Wir erwarten eine positive wirtschaftliche Entwicklung für die nächsten Jahre. Das ist eine gute Nachricht! Doch es wird uns auch eine gewaltige Anstrengung abverlangen, die Entwicklung tatsächlich zu vollziehen.

Die Wirtschaft kann nur wachsen, wenn ausreichend qualifizierte Arbeitskräfte zur Verfügung stehen! Doch bereits letztes Jahr konnten in Sachsen 11.000 Fachkräftestellen nicht besetzt werden.

3. Fachkräftemangel und Arbeitslosigkeit

Trotzdem liegt die Arbeitslosigkeit im Freistaat bei derzeit rund 12 Prozent. Wie kann das sein? Fachkräftemangel und Arbeitslosigkeit widersprechen sich nicht! Je nach Branche und Qualifikation können Mangel und Überschuss zur gleichen Zeit auftreten.

3.1 Intransparenz des Arbeitsmarktes

Letztes Jahr ging der Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften an drei Forscher, die genau diese Problematik erklärt haben, warum nämlich auch bei Wirtschaftswachstum und Fachkräftemangel eine hohe Arbeitslosigkeit bestehen bleiben kann.

Ursache ist, dass der Arbeitsmarkt intransparent ist. Nicht alle Arbeitsangebote werden allen Nachfragern, also Arbeitssuchenden, immer und ohne Zeitverlust bekannt.

3.2 Matchingproblem Mobilität

Hinzu kommen sogenannte „Matchingprobleme“, die zwischen Angebot und Nachfrage stehen. Eine arbeitslose Krankenschwester mit Familie in Görlitz kann nicht einfach eine freie Stelle in Plauen besetzen. Menschen sind häufig nicht so flexibel und mobil.

3.3 Matchingproblem Bedarf <-> Qualifikation

Außerdem passen Bedarf und Qualifikation nicht immer zusammen. Viele fordern deshalb Weiterbildung und Umschulung. Das ist insofern richtig, dass wir niemanden, der sich bemüht, abhängen dürfen. Aber es muss auch klar sein, was mit dieser Anstrengung maximal zu erreichen ist. Kann aus einem arbeitslosen Koch ein Ingenieur werden oder aus einer Verkäuferin eine Ärztin?

Wir müssen ehrlich sein: 20 Prozent der Arbeitslosen haben keinen Abschluss und keine Ausbildung. Viele Abschlüsse entsprechen nicht dem Bedarf. Das muss man aussprechen dürfen. Meinem Politikverständnis nach gehören Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit dazu.

Umschulung und Weiterbildung sind wichtig. Wir müssen vorhandene Potenziale nutzen. Dennoch werden aus der Gruppe der Langzeitarbeitslosen nur schwer Fachkräfte für sehr qualifizierte Jobs zu gewinnen sein. Das bestätigt auch der Chef der Bundesagentur für Arbeit Frank-Jürgen Weise.

3.4 Sinkende Arbeitslosenzahlen

Zudem möchte ich darauf hinweisen, dass die Arbeitslosigkeit bereits jetzt sinkt. Letzten Dienstag sind die neuen Zahlen erschienen: 264.250 Sachsen waren im Februar arbeitslos. Das sind 900 weniger als im Januar und fast 28.000 weniger als vor einem Jahr. Seit 15 Monaten ist die Arbeitslosigkeit stets niedriger als ein Jahr zuvor. Ende letzten Jahres lag die Arbeitslosenquote erstmals wieder im einstelligen Bereich.

Im Kino laufen mittlerweile sogar Werbespots für Ausbildungsplätze.

Brauchen wir also Zuwanderung?

4. Vorhandene Potenziale nutzen: Hier lebende Ausländer integrieren

Immer wieder höre ich: Es gibt doch schon so viele Ausländer. Müssen wir nicht erst einmal diese integrieren und ihnen einen besseren Zugang auf den Arbeitsmarkt ermöglichen?

Dazu möchte ich zunächst einmal sagen: Zumindest in Sachsen trifft die Aussage „Es gibt doch schon so viele Ausländer“ nicht zu. Nur 2-3 Prozent der sächsischen Bevölkerung sind Ausländer. Es stehen auch keine Schlangen an der Grenze. Seit 1997 gibt es keine nennenswerte Zuwanderung nach Sachsen mehr. Seit 2008 verlassen sogar mehr Ausländer den Freistaat, als hier her ziehen.

Ich möchte aber den Kritikern recht geben, die sagen: Wir müssen die vorhandenen Potenziale besser nutzen. Ich meine damit die Qualifikationen und Abschlüsse der Zugezogenen, die schon in Deutschland leben.

3.1 Abschlüsse anerkennen

Wir tun uns schwer, ausländische Abschlüsse anzuerkennen. Aber wir verschwenden wertvolles Potenzial, wenn beispielsweise der ukrainische Mathematiker Taxi fährt.

Ich begrüße die Bemühungen der Bundesregierung, mit dem Anerkennungsgesetz vielleicht noch in diesem Jahr die Sache anzugehen.

In Sachsen sehen wir in diesem Ansatz eine besondere Chance. Bei uns leben viele Mittel- und Osteuropäer. Ein Viertel der Ausländer in Sachsen sind Russen, Polen oder Ukrainer. Ihre Qualifikation ist besser als der Bundesdurchschnitt: Überdurchschnittlich viele haben einen Berufsabschluss. Und fast dreimal so viele sind Akademiker.

Allerdings bestehen diese Qualifikationen oft nur formal auf dem Papier. Ohne Anerkennung hilft das nicht viel. In Sachsen haben wir deshalb einen „runden Tisch“ ins Leben gerufen, an dem die Probleme mit der Anerkennung ausländischer Abschlüsse aufgearbeitet werden.

Beteiligt sind Arbeitgebervertreter, Kammern, die Agentur für Arbeit, die Staatsregierung und auch Gewerkschaften. Aus den Tücken schwieriger Einzelfälle erhoffen wir uns, weitere Ansätze zu gewinnen, wie wir die Anerkennung erleichtern können. Wie wir ausländische Qualifikationen bei uns besser einsetzen können.

Wir haben auch nach der Wende ein Verfahren gefunden. Damals war eine Anerkennung der DDR-Abschlüsse schnell und zumeist unbürokratisch möglich. Diese Erfahrung wollen wir nutzen und einbringen.

In Sachsen mache ich mir übrigens keine Sorgen um die Kinder der Zuwanderer. In der zweiten Generation werden bei uns überwiegend gute Integrationserfolge sichtbar. Beispielsweise bei den Vietnamesen: 75 Prozent ihrer Kinder gehen aufs Gymnasium. Bei den Deutschen sind es nur 50 Prozent.

3.2 Flüchtlinge einbinden?

Wenn es um fehlende Arbeitskräfte geht, höre ich auch immer wieder die Forderung, dass wir die Flüchtlinge in den Asylbewerberheimen besser einbinden müssen. Ich will auf die überwiegend ausgesprochen schwierige Qualifikation dieser Menschen nicht weiter eingehen.

Es reicht eine Betrachtung der Größenordnung: Das ifo Institut hat bereits 2004 ermittelt, dass 2020 ca. 51.000 Akademiker in Sachsen fehlen werden. In den Asylbewerberheimen leben insgesamt noch nicht einmal 3.000 Menschen. Das ist schon quantitativ kein Ansatz.

Außerdem muss uns, wenn es um Asylbewerber geht, klar sein: Vielen von ihnen ist der Zugang zum Arbeitsmarkt ganz bewusst versperrt, weil am Ende ihres Asylverfahrens eine Ablehnung stand, weil keine Verfolgung festgestellt werden konnte. Das heißt, diese Menschen müssen vom rechtlichen Standpunkt Deutschland verlassen.

Als Innenminister ist es mir wichtig, dass wir bei den verabredeten Verfahren bleiben: Deutschland soll Zuflucht sein für Menschen, die in ihren Ländern verfolgt werden. Das wird in einem aufwändigen Verfahren durch das Bundesamt in Nürnberg festgestellt.

Aber es gilt auch: Wer keine Verfolgung geltend machen kann, der kann nicht dauerhaft unsere Hilfe in Anspruch nehmen.

Eine bessere Integration von Flüchtlingen ist kein Ansatz zur Lösung des Fachkräfteproblems!

Wir brauchen Fachkräfte von außen, die zu uns nach Sachsen kommen!

4. Neue Potenziale erschließen: Fachkräfte gewinnen

Das ist ein neuer Zungenschlag in der Ausländerpolitik, mit dem wir uns bisher sehr schwer getan haben. Die Debatten waren von einer starken Polarisierung geprägt. Die eine Seite wollte das Mitleid für Flüchtlinge in Not gewinnen. Die andere Seite hat die Angst vor genau solchen Flüchtlingsströmen geschürt.

Beide Seiten haben sich aufgeschaukelt und im Ergebnis völlig falsche Bilder in den Köpfen der Menschen hinterlassen. Die Flüchtlinge stehen nicht Schlange an den deutschen Grenzen, auch wenn sich durch die Fernsehbilder über Flüchtlingsströme der Eindruck aufdrängen könnte.

Die Zahlen sprechen aber eine andere Sprache: Nur etwa 4 Prozent der Menschen, die jährlich nach Deutschland zuziehen, beantragen Asyl.

Was für Ausländer kommen zu uns?

4.1 Hochschulen als Talentmagnete

Das Besondere ist: Unter den Ausländern in Sachsen sind besonders viele Studenten. Über 4.000 Ausländer schreiben sich Jahr für Jahr als Erstsemester an sächsischen Hochschulen ein. Die neusten Zahlen hat das Statistische Landesamt letzten Dienstag veröffentlicht.

Die Zahl der Studenten mit ausländischer Staatsangehörigkeit liegt inzwischen bei über 10.700. Das sind 2,2 Prozent mehr als im Vorjahr.

Der Anteil der Studenten unter den Ausländern in Sachsen ist dreimal höher als im Bundesdurchschnitt. Integrationspolitisch ist das ein großer Vorteil.

Ausländische Studenten sind die Fachkräfte, die unsere Wirtschaft so dringend braucht. Sie sind gut integriert und ausgebildet. Und sie haben bereits ihren Lebensmittelpunkt in Sachsen.

Nicht-repräsentative Untersuchungen der TU Dresden geben einen Fingerzeig: Etwa 10 Prozent der ausländischen Absolventen wollen gerne in Dresden bleiben. Etwa 40 Prozent in Deutschland. Ihnen müssen wir den Übergang ins Berufsleben bei uns erleichtern. Zum Beispiel indem sie direkt nach dem Studium eine Arbeit aufnehmen dürfen und nicht erst, wie jetzt üblich, ausreisen müssen, ein neues Visum beantragen, das mindestens dreimonatige Verfahren abwarten, und dann wieder einreisen.

Wir brauchen aber auch andere qualifizierte Arbeitskräfte aus dem Ausland.

4.2 Perspektiven bieten

Fachkräfte aus EU-Ländern können bereits problemlos nach Sachsen kommen. 30 Prozent der sächsischen Ausländer stammen aus der EU. Davon profitieren wir, allerdings weniger als Westdeutschland.

Der Anteil der Nicht-EU-Bürger ist bei uns um ein Viertel höher als in Westdeutschland. Und künftig wird sich der Abstand weiter vergrößern. Wir haben verglichen, von welchen Nationalitäten Sachsen in Summe Zuwanderung erhält und von welchen Nationalitäten wir in Summe Abwanderung erfahren. Die Spitzenplätze der Abwanderer-Nationalitäten werden bis auf die USA von EU-Mitgliedstaaten besetzt. Und umgekehrt: Die Spitzenplätze der Zuwanderer-Nationalitäten sind bis auf Ungarn alle außerhalb der EU und östlich von Sachsen.

Wenn man also berücksichtigt, woher wir Fachkräfte anziehen können, wird auch die vollständige Arbeitnehmerfreizügigkeit ab dem 1. Mai diesen Jahres keine wirkliche Erleichterung bringen. Zumal gerade Polen und Tschechien in vielen Regionen selbst ein bemerkenswertes Wirtschaftswachstum und sinkende Bevölkerungszahlen haben.

Aus dem Austausch mit Beratern der Regierung Tusk wissen wir, dass die polnische Politik den eigenen Fachkräftemangel zu einem Schwerpunkt ihrer Arbeit macht und in Polen Einwanderungspolitik etablieren will.

Bereits seit zehn Jahren ist es so, dass mehr Nicht-EU-Ausländer als EU-Ausländer in Sachsen bleiben. Seit letztem Jahr gilt das auch für ganz Deutschland.

Doch gerade diesen Nicht-EU-Zuwanderern stellt das deutsche Aufenthaltsrecht Hürden in den Weg. Es bietet ihnen nämlich in den allermeisten Fällen keine dauerhaften Perspektiven in Form eines unbefristeten Aufenthaltstitels.

Wie unbefriedigend das ist, war eine Erfahrung mit der sogenannten Greencard-Regelung. Im Jahr 2000 hat Deutschland gezielt IT-Spezialisten angeworben. Die Green Card war ein auf fünf Jahre befristeter Titel für diese Spezialisten. Der erste Greencard-Besitzer, in Deutschland gefeiert, ist aus genau diesem Grund wieder in seine Heimat Indonesien zurückgekehrt. Er sagt: Mein Aufenthaltstitel war nur befristet. Ich wusste nicht, ob ich von der Ausländerbehörde eine Verlängerung bekomme oder nicht.

Eine dauerhafte, sichere Perspektive sieht anders aus.

Nur wer mindestens 66.000 Euro pro Jahr verdient, bekommt die unbefristete Aufenthaltsgenehmigung. Wie hoch die Hürde ist, zeigt ein Vergleichswert: Lediglich fünf Prozent der Gesamtbevölkerung verdienen mehr als 52.000 Euro pro Jahr. Entsprechend sehen die Ergebnisse aus: In Sachsen profitieren derzeit nur etwa 70 Personen von dieser Regelung – bundesweit ca. 2.000. Für unser Werben um Fachkräfte ist diese Regelung falsch justiert.

Doch nicht nur die zu hohe Einkommensgrenze legen ausländischen Fachkräften Steine in den Weg. Ebenso wird es Zuwandern derzeit erschwert, ein Unternehmen zu gründen. Wir brauchen aber Unternehmer, die Arbeitsplätze schaffen.

Auch für viele Arbeitslose liegt darin eine Chance. Das ist die andere Erfahrungen mit der Green Card Regelung: Mit jedem Zuwanderer entstanden 2,5 Arbeitsplätze auch für Einheimische. Qualifizierte Zuwanderer schaffen Arbeitsplätze!

4.3 Sachsens Initiative für Zuwanderung

Ich hoffe, es ist deutlich geworden: Sachsen braucht Zuwanderung, Deutschland braucht Zuwanderung. Investitionen in Bildung, Weiterbildung und Umschulung sind wichtig und richtig. Sie reichen aber nicht aus. Ebenso verhält es sich mit den vorhandenen Potenzialen von Ausländern, die bereits im Freistaat leben. Auch hier ist der Ansatz allein schon quantitativ begrenzt.

Deshalb setze ich mich für qualifizierte Zuwanderung ein. Als Innenminister ist es mir vor allem ein Anliegen, die bestehenden rechtlichen Hürden abzubauen. Aufenthaltsrecht ist Bundesrecht. Deshalb brauchen wir eine sächsische Bundesratsinitiative in Berlin. Diese habe ich inzwischen gemeinsam mit meinem Kollegen aus dem Wirtschaftsministerium Herrn Morlok auf den Weg gebracht.

Was wollen wir erreichen?

Ich sprach es vorhin an: Die Einkommensgrenze für eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung ist zu hoch. Wenn wir die Qualifikation am Gehalt messen wollen, dann müssen wir uns am Einkommen derer orientieren, die gefragt sind: Einstiegsgehälter von Ingenieuren liegen bei etwa 40.000 Euro. Deshalb unser Vorschlag im Bundesrat: Wer zwei Jahre lang 40.000 Euro in Westdeutschland bzw. im Osten 35.000 Euro verdient, erhält eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung. Ich denke, das ist genau die Regelung, die wir brauchen, für die Leute, die wir brauchen.

Die Bundesratsinitiative umfasst einen weiteren Punkt: Ich habe bereits angemerkt, dass ausländischen Absolventen sächsischer Hochschulen der Übergang ins Berufsleben schwer gemacht wird. Und auch andere Fachkräfte können nicht einfach nach Deutschland kommen, um einen Job zu suchen, sondern erst, wenn sie einen haben. Wie aber einen Job finden, wenn man hunderte oder gar tausende Kilometer entfernt wohnt? Dafür schlagen wir nun einen Titel zur Arbeitssuche vor. In bestimmten Branchen sollen sich Ausländer mit bestimmten Qualifikationen für ein Jahr in Deutschland zur Arbeitssuche aufhalten können. Voraussetzung ist, dass sie ihren Lebensunterhalt bestreiten können.

Wie wichtig das ist, haben wir auch gesehen, als Qimonda pleite ging. Die thailändischen Mitarbeiter zum Beispiel haben mit ihrem Job auch ihre Aufenthaltsgenehmigung verloren. Streng genommen hätten sie unmittelbar ausgewiesen werden müssen.

Nur weil die Dresdner Ausländerbehörde die Grenzen des Aufenthaltsrechts sehr stark ausgelotet hat, durften sie bleiben. Alle haben nach kurzer Zeit wieder eine Anstellung gefunden. Ihr Know-how ist nach wie vor gefragt. Es kommt darauf an, dass wir diese Flexibilität am Arbeitsmarkt auch im Aufenthaltsrecht abbilden.

Ich bin mir sicher, dass das sächsische Modell zur Zuwanderung mit gesenkter Einkommensgrenze und Aufenthaltstitel zur Arbeitssuche auch bundesweit tauglich ist und freue mich auf die Befassung im Bundesrat.

Wir müssen handeln. Das ist klar. Zwar kommt keine Fachkraft nach Deutschland, allein weil wir das Aufenthaltsgesetz ändern. Aber viele Fachkräfte werden davon abgehalten nach Deutschland zu kommen, solange wir das Gesetz nicht ändern.

4.4 Nicht nur die Politik ist gefordert

Dennoch müssen wir uns darüber im Klaren sein: Politik schafft immer nur Rahmenbedingungen. Ob es uns gelingt, ausländische Fachkräfte nach Sachsen zu holen, hängt maßgeblich auch von anderen ab.

- Unternehmen müssen überzeugende Arbeitsangebote machen.

- Hochschulen müssen Alumni-Arbeit leisten, das heißt: Netzwerke aufbauen und ausländische Absolventen für deren Landsleute zu Botschaftern der Uni machen. Und sie müssen Berufspraktika für Ausländer ins Studium integrieren. So wie es die TU Dresden schon heute tut.
- Die Ausländerbehörden sollten sich zunehmend als Dienstleister verstehen. Mit Mitarbeitern, die den Antragstellern, Bürgern und Gästen kompetent und freundlich begegnen.
- Und die Gesellschaft muss Zuwanderern vermitteln: Ihr seid bei uns willkommen.

5. Fazit

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich denke, es ist deutlich geworden: Die Veränderungen der deutschen Gesellschaft haben in Sachsen bereits begonnen.

Bevölkerungsrückgang und Fachkräftemangel sind bei uns keine Zeitungsüberschriften, sondern Realität. Deshalb schaffen wir schon heute die Grundlagen, um Fachkräfte für Sachsen zu gewinnen. Dazu gehört auch eine aktive Einwanderungspolitik. Ganz Deutschland kann davon profitieren. Denn auch auf die anderen Bundesländer werden die Folgen von Bevölkerungsrückgang und Fachkräftemangel – etwas zeitversetzt – zu spüren bekommen.

Die sächsische Sicht auf die Dinge ist notwendig, auch wenn es dafür heute viel Unverständnis und massive Kritik gibt.

Einwanderungspolitik ist unpopulär. Es gibt viele Zweifler und Gegner. Man erntet keine Lorbeeren, wenn man unbequeme Dinge anspricht. Oft auch nicht von den Wählern. Es hilft unserem Land aber nichts, das Thema stets hinter die nächste Wahl zu schieben.

Ich bin an der Sache interessiert. Mir geht es um die Zukunft unseres Landes. Zuwanderungspolitik ist Zukunftspolitik. Davon bin ich zutiefst überzeugt – auch wenn andere die Behauptung aufstellen, Deutschland brauche keine Zuwanderung. Oder noch schlimmer: Angst vor Zuwanderung schüren und nur auf Integrationsprobleme verweisen, die in der Tat bestehen.

Ich möchte aber auch die zahlreichen positiven Integrationsbeispiele zur Sprache bringen, von denen wir gerade in Sachsen so viele haben. Erst letzte Woche habe ich im Landgericht die Wanderausstellung „Wir in Sachsen. Vielfalt – Unternehmergeist – Erfolg“ eröffnet. Da werden sächsische Unternehmer mit Migrationshintergrund vorgestellt. Sie leisten eine tolle Arbeit in und für Sachsen! So etwas kommt in der Integrationsdebatte viel zu kurz!

Einwanderungspolitik ist unpopulär. Wenn heute abgestimmt würde, würde die Staatsregierung dafür abgestraft werden. Vor allem ältere Leute sind skeptisch. Sächsische Jugendliche befürworten hingegen die Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte. Die Studie „Jugend 2009 in Sachsen“ des Sozialministeriums hat ergeben: 70 Prozent der Jugendlichen stimmen voll oder teilweise der Aussage zu, dass Deutschland vor allem gut ausgebildete Fachkräfte aufnehmen sollte. Voll zugestimmt haben 29 Prozent. Das sind 7 Prozent mehr als noch vor zwei Jahren!

Auch aus Verantwortung für die nächste Generation sollten wir eine aktive Einwanderungspolitik verfolgen – ohne eben nur die größten Wählerpotenziale im Blick zu haben. Ich sprach es zu Beginn an.

Gegenüber Skeptikern und Zweiflern gilt es Aufklärungsarbeit zu leisten. Ich denke, die mangelnde Popularität des Themas Zuwanderung rührt vor allem von Unverständnis und Unwissenheit her. Deshalb ist es mir ein großes Anliegen, zu erklären, warum wir qualifizierte Zuwanderung brauchen.

Doch das Thema ist mir nicht nur aus seiner Notwendigkeit heraus wichtig. Vor 20 Jahren sind die Menschen in Sachsen für eine Öffnung der Gesellschaft und für Freiheit auf die Straße gegangen. Offenheit und Freiheit sind zwei elementare Werte, für die es sich heute ebenso einzusetzen gilt. Auch aus dieser Überzeugung heraus werbe ich für Zuwanderung.

Meine Damen und Herren,

Ich möchte mit aktiver Einwanderungspolitik dazu beitragen, dass die Menschen in Sachsen auch noch in 20 Jahren gut hier leben können – trotz sinkender Bevölkerungszahlen, trotz steigenden Durchschnittsalters.

Der demographische Wandel stellt uns vor eine historische Aufgabe. Es ist an uns, diese Aufgabe zu bewältigen. Es ist die Aufgabe unserer Generation.

Vielen Dank.

- Es gilt das gesprochene Wort -